

Europawahl 2019

BVDW-Europacheck

Sehr geehrte Damen und Herren,



der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist die Interessenvertretung der Digitalen Wirtschaft in Deutschland. Er vertritt rund 650 Mitgliedsunternehmen und hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Nutzen und die Wertschöpfung der Digitalen Wirtschaft transparent zu machen.

Der BVDW ist parteipolitisch neutral und setzt sich gegenüber allen Parteien für die Berücksichtigung der politischen Forderungen der Digitalen Wirtschaft ein. Bei der bevorstehenden Europawahl vom 23. bis 26. Mai 2019 werden die Weichen in Europa neu gestellt. Das gilt sowohl für die Gesellschaft als auch für die Wirtschaft.

Gerade die Bedeutung der Digitalen Wirtschaft und ihr positiver Einfluss auf die Gesamtwirtschaft in Europa ist groß und nimmt rapide zu. Dabei sind die unternehmerischen Akteure nicht nur international tätige Konzerne, sondern vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die mit ihrer Kreativität und Innovation den digitalen Wandel in der Europäischen Union mitgestalten. Seit dem Jahr 2010 ist der Wert der erzeugten Waren und Dienstleistungen der Digitalbranche um insgesamt 30 Milliarden Euro gestiegen. Damit lässt der Sektor sogar klassische Industriebranchen in Deutschland wie den Maschinenbau oder die Chemie- und Pharmaindustrie deutlich hinter sich.¹ Zudem beschäftigt die Digitale Wirtschaft allein in Deutschland derzeit ca. 1,2 Millionen Menschen.²

Die Digitale Wirtschaft muss daher in der Politik Gehör finden und braucht mehr denn je verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um weiterhin für Fortschritt und Innovation zu sorgen und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

In ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt hat die Europäische Kommission bereits im Jahr 2015 drei Säulen für Maßnahmen identifiziert. Es ging in den letzten Jahren um einen besseren Zugang zu digitalen Waren und Dienstleistungen, optimale Rahmenbedingungen für digitale Netze und Dienstleistungen sowie die Digitale Wirtschaft als Wachstumsmotor.

Eine weitere Mitteilung der Europäischen Kommission über den Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (Data Economy) wurde im Jahr 2017 veröffentlicht. Auch hier wird anerkannt, dass gerade Daten zu einer unerlässlichen Quelle für das Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den gesellschaftlichen Fortschritt geworden sind.

¹ [Monitoring-Report](#) Wirtschaft DIGITAL 2018 – Der IKT-Standort Deutschland und seine Position im internationalen Vergleich, Oktober 2018

² [Berlin aktuell](#) – Digitalwirtschaft gibt den Takt vor, Dezember 2018

Alle Europäischen Initiativen im digitalen Bereich, die in den letzten Jahren vorgelegt und verabschiedet wurden, basierten auf diesen grundlegenden Leitgedanken. Dennoch ist die Vollendung des digitalen Binnenmarktes längst nicht vollständig abgeschlossen und wir stehen weiterhin Problemen gegenüber, die gelöst werden müssen. Dabei geht es beispielsweise um das Thema der Netzwerk- und Lock-in-Effekte im digitalen Markt, für die zielführende Lösungen gefunden werden müssen. Zudem geht es um neue Technologien wie Künstliche Intelligenz und Blockchain. Diese Technologien werden genauso wie die Dampfmaschine, der Strom oder eben auch das Internet die gesamte Wirtschaft betreffen und verändern. Europa darf diese Entwicklung nicht verschlafen, sondern muss sie nutzen und eine Vorreiterrolle einnehmen. Das beinhaltet die richtigen Rahmenbedingungen, Investitionen und eine positive Grundeinstellung. Wir müssen die Chancen der neuen technologischen Entwicklungen nutzen und keine unverhältnismäßigen Ängste schüren. Nur so kann Europa sich auch im internationalen Kontext absetzen.

Mit den hier aufgestellten Wahlprüfsteinen formuliert der BVDW im Detail die Erwartungen und Forderungen seiner Mitgliedsunternehmen an Parteien und Kandidaten, um den digitalen Binnenmarkt auszugestalten und die Digitale Wirtschaft weiter zu fördern, damit all diese Potentiale ausgeschöpft werden können.

Die Antworten auf die Wahlprüfsteine werden für die Verbandsmitglieder und die allgemeine Öffentlichkeit transparent auf der Homepage des BVDW dargestellt und bilden die Grundlage für einen konstruktiven Dialog zwischen Digitaler Wirtschaft und Politik vor und nach der Wahl.



Matthias Wahl
Präsident Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.

1. Faire und innovationsfreundliche Plattformökonomie

Online-Plattformen haben den Zugang zum Internet, zu Informationen und Inhalten, auch gerade im grenzüberschreitenden Kontext, revolutioniert und sind zu einem Treiber für Wachstum und Innovation geworden. Sie bieten riesige Vorteile, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verbraucher und sind somit ein wichtiger Faktor des europäischen digitalen Binnenmarktes. Aufgrund ihrer schnellen Entwicklung und wachsenden Bedeutung, stellen sie allerdings auch neue Herausforderungen für Wettbewerb und Politik dar.

Je mehr Akteure auf einer Plattform aktiv sind, desto attraktiver wird sie. Dieser Netzwerkeffekt ist positiv zu bewerten, denn die Plattformen erreichen dadurch viele Nutzer und bringen diesen Nutzern einen deutlichen Mehrwert. Allerdings führen diese Effekte auch zu wettbewerblich nicht ganz unproblematischen Entwicklungen, die diskutiert werden müssen. Plattformbasierte Geschäftsmodelle sind daher schon länger Fokus des Europäischen Gesetzgebers. Von der Portabilitäts-, über die Geoblocking- bis hin zur kürzlich angenommenen Plattform2Business-Verordnung, baut der Europäische Gesetzgeber Stück für Stück eine Plattformregulierung in Europa auf, die dem Netzwerkeffekt etwas entgegengesetzt, um allen Beteiligten einen positiven Umgang mit Plattformen zu ermöglichen. Aus Sicht der Digitalen Wirtschaft muss dabei beachtet werden, dass die angestrebten Regulierungen weiterhin genügend Raum für Innovation und Entwicklung in Europa lassen.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Das wesentliche Prinzip für die Erarbeitung eines konvergenten Rechtsrahmens für Plattformen sollte grundsätzlich die Herstellung einer sachgerechten und verhältnismäßigen Symmetrie („level-playing field“) sein.**
 - 2. Die Steigerung des Potenzials des Digitalen Binnenmarktes für junge europäische Unternehmen sollte ein Leitprinzip für alle zukünftigen Ansätze bei der Regulierung von Plattformen sein.**
 - 3. Es dürfen keine weiteren gesetzlichen Vorgaben geschaffen werden, die Wachstum und Beschäftigung im digitalen Handel behindern.**
 - 4. Das Vertrauen der europäischen Bürger in die fortschreitende digitale Transformation und somit auch Plattformökonomie muss gefördert werden.**
 - 5. Auf europäischer Ebene müssen die Bereiche Vertrags- und Verbraucherrecht zielgerichtet weiter vereinheitlicht werden.**
 - 6. Die Problematik der Verbreitung von Desinformationen und illegaler Inhalte sollte ganzheitlich diskutiert werden. Die Verantwortung von Plattformen sollte generell ausgewogen und weiterhin im Rahmen des „Notice & Action“ Prinzips wie derzeit noch im Telemediengesetz (§ 10) bzw. in der E-Commerce Richtlinie ausgestaltet sein.**

Wie und in welchen Bereichen wollen Sie eine künftige Plattformregulierung weiterentwickeln?

2. Datenschutz & ePrivacy sinnvoll gestalten

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat für den Europäischen Binnenmarkt ein EU-grundsätzliches „level playing field“ geschaffen, das allerdings durch die sehr restriktiven Ansätze bei der ePrivacy-Verordnung akut gefährdet wird. Dies steht auch im Widerspruch zur immer wieder geäußerten Absicht der EU-Kommission, die Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige europäische Digitale Wirtschaft zu schaffen. Deutschland und Europa brauchen eine nachhaltige Datenpolitik, die auch den Anforderungen der vierten industriellen Revolution gerecht wird und gleichzeitig den europäischen Datenstandort stärkt und weiterentwickelt.

In diesem Zusammenhang ist auch nach wie vor Online-Werbung ein wichtiger Bestandteil der Finanzierung von digitalen Content-Angeboten. Ein Großteil der online und mobil verfügbaren Inhalte steht dem Nutzer entgeltfrei zur Verfügung. Die Bereitstellung dieser Inhalte muss jedoch von den jeweiligen Unternehmen mit teilweise erheblichen Kosten finanziert werden. Die Online-Werbung schafft überhaupt erst die Möglichkeit, solche Angebote zur Verfügung zu stellen. Erst durch die Werbefinanzierung erhalten die Nutzer den kostenfreien Zugang zu hochwertigen Informationen. Die Werbung schafft damit einen wichtigen demokratischen Mehrwert durch die finanzielle Absicherung der Medien- und Meinungsvielfalt – restriktive Ansätze in der ePrivacy-Verordnung und auch Adblocker gefährden diese Werte.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Es muss sichergestellt werden, dass die DSGVO in allen Europäischen Mitgliedstaaten einheitlich und unter dem Gesichtspunkt der Ermöglichung und Förderung digitaler Geschäftsmodelle interpretiert und angewandt wird.**
 - 2. Die Unternehmen der Digitalen Wirtschaft brauchen Rechtssicherheit für den Datenaustausch und somit verlässliche Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit außereuropäischen Partnern. Dazu zählt auch Großbritannien nach einem Brexit. Dafür sollten – wo umfassende Angemessenheitsentscheidungen nicht tragen - zeitnah weitere Abkommen nach dem Vorbild des EU-US Privacy Shields mit allen wichtigen Wirtschaftsräumen angestrebt werden.**
 - 3. Ebenso sollten die aus der DSGVO bekannten Übermittlungsgrundlagen (Binding Corporate Rules, Codes of Conduct, Zertifizierungen) in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Datenschutzausschuss als Tools sachgerecht angewandt und eingesetzt werden. Dafür bedarf auch es einer viel stärkeren politischen Kommunikation dieser Tools. Die Politik muss sich umgehend dafür einsetzen, dass die derzeit fast einzig praktikable Lösung, nämlich der Einsatz von EU-Standardvertragsklauseln für den internationalen Datenverkehr neu geprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst wird. Denn die derzeit genutzten EU-Standardvertragsklauseln sind vor dem Europäischen Gerichtshof im Case C-311/18 (Schrems II) unter Beschuss.**
 - 4. Im Rahmen der Gesetzgebung zur ePrivacy-Verordnung brauchen wir eine Vereinheitlichung der Regeln. Die Vertraulichkeit von OTT-Services muss genauso gewährleistet werden, wie die Vertraulichkeit von Telekommunikationsdiensten. Zurückhaltende Regelungen müssen jedoch mit Blick auf die dort ebenfalls zu regelnden Datenschutzaspekte gefunden werden. Hier darf die geplante Verordnung unter keinen Umständen den ausgewogenen Interessenausgleich der DSGVO in Frage stellen. Insbesondere die problematischen Aspekte zur Cookie-Regulierung sollten nochmal kritisch und vor dem Hintergrund der anstehenden Überprüfung der DSGVO überdacht werden. Hier muss der Gedanke zulässig sein, diesen Regelungsbereich aus dem aktuellen Vorhaben herauszutrennen und ganzheitlich im Rahmen der DSGVO zu regeln.**

5. Von der intelligent gestalteten und zielgruppenspezifisch eingesetzten Werbung (Targeting) profitiert der Verbraucher, Werbung wird für ihn zu werthaltiger Information. Die Datenerhebung erfolgt dabei anonym oder pseudonymisiert und schützt die Klardaten der Verbraucher. Diese Möglichkeiten müssen auch in der ePrivacy-Verordnung erhalten bleiben.

Wie wollen Sie die Anwendung und Überprüfung der DSGVO sowie die weiteren Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung gestalten?

3. Data Economy fördern

Daten sind die Grundlage fast aller aktuellen und zukünftigen Geschäftsmodelle der Digitalen Wirtschaft. Damit wird die Datenpolitik zur Standortpolitik des 21. Jahrhunderts. Ziel einer gesamtheitlichen Datenpolitik ist es, Europa als Datenstandort zu etablieren, der im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Der Bedeutungsanstieg von Daten schlägt sich auch in dem zunehmend genutzten Schlagwort von „Daten, die das neue Öl seien“ nieder. Dies ist jedoch insofern missverständlich, als es zunächst die Eigenart von Daten als unkörperlichem Wirtschaftsgut mit allen seinen Vor- und Nachteilen übersieht. Darüber hinaus ist das eigentliche „Gut i. S. eines Handelswertes“ der Data Economy nicht das Datum, sondern es sind Informationen, die aus der verknüpften Auswertung von einzelnen Daten abgeleitet werden. Diese Unterscheidungen sind essentiell für die Betrachtung der ökonomischen Zusammenhänge in der Data Economy und für die kontroverse Diskussion um den Wert von und auch ein vermeintliches Eigentumsrecht an Daten. Der Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft ist auch Teil der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt der EU mit dem Ziel das Potenzial von Daten für Wirtschaft und Gesellschaft bestmöglich zu nutzen.

- Forderungen des BVDW**
1. „Aufbaus eines gemeinsamen europäischen Datenraums“: ein freier europäischer Datenverkehr in Europa ist sinnvoll und positiv für die Digitale Wirtschaft und wird vom BVDW unterstützt.
 2. Die Erhebung und der Umgang mit sensiblen Daten ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Auf Grundlage der DSGVO wird eine sichere und verständliche Regelung notwendig, die insbesondere Datenhoheit und Datensicherheit differenziert reguliert. Eine solche Regelung sollte im Einklang mit Innovationsbemühungen der Industrie stehen sowie im Einklang mit Cybersicherheit (siehe Punkt 4).
 3. Die europäischen Vorgaben für die datengetriebene Wirtschaft (Data Economy) müssen kohärent formuliert werden. Dazu gehört eine klare Positionierung gegen Dateneigentum.
 4. Das Thema Datenteilung sollte separat betrachtet werden. Hierfür muss die richtige Ausgestaltung gewählt werden. Der BVDW unterstützt eine Open-Data Strategie, ist aber der Ansicht, dass eine Datenteilung privater Unternehmen zunächst über nicht-legislative Maßnahmen in einem sinnvollen Rahmen gefördert werden sollte.

Mit welchen Schritten wollen Sie eine nachhaltige und sinnvolle Datenpolitik zum Aufbau und zur Förderung einer Data Economy in der Europäischen Union fördern?

4. Künstliche Intelligenz, Blockchain und Digitale Ethik stärken

Die Digitale Wirtschaft ist sich einig, dass künstliche Intelligenz (KI) und Blockchain die nächsten disruptiven Technologien sein werden, und geht einstimmig davon aus, dass sie ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen werden. Findet beispielsweise KI in jeder Branche der Digitalen Wirtschaft eine Anwendung, bergen insbesondere neue Produkte und Services großes Potenzial. Ohne ein europäisches digitales Mindset werden die Potenziale dieser neuen Technologien weder für die Wirtschaft noch für die Gesellschaft gehoben werden können. Es gilt, positive Visionen zu teilen und über mögliche Formen des Zusammenwirkens von Menschen mit intelligenten Maschinen zu diskutieren. Der BVDW hat daher als erster Digitalverband acht Leitlinien für Künstliche Intelligenz erarbeitet und diskutiert seit geraumer Zeit die technologischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Blockchain, sowie ihr ökonomisches Potenzial in mehreren internen Workshops, öffentlichen Paneldiskussionen (u.A. im Rahmen der Hannover Messe 2018 & 2019 und DMEXCO 2018) sowie nicht-öffentlicher Konsultationsrunden.

In diesem Zusammenhang muss auch über ethische Fragen des technischen Fortschritts diskutiert werden. Heute stellen die Datafizierung, Vernetzung der Welt und gerade auch die Entwicklungen im Bereich KI alte Fragen neu: nach dem „guten“ Leben und dem „richtigen“ Zusammenleben, nach Freiheit und Privatsphäre, nach Solidarität und Gerechtigkeit. Wir müssen bewährte ethische Maßstäbe für das digitale Zeitalter übersetzen – und manche ethischen Debatten neu führen, die wir bislang als wenig relevant empfunden haben. Auch hier hat der BVDW ein Diskussionspapier erarbeitet, um das Thema Datenethik weiter zu beleuchten.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Die Digitale Wirtschaft setzt sich für europaweit harmonisierte und innovationsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen ein, um die Implementierung von KI und Blockchain auf breiter Basis zu ermöglichen. Staatliche Datentöpfe müssen europaweit geöffnet werden, um Daten für alle nutzbar zu machen. Die Strategien der Bundesregierung müssen in einen europäischen Kontext eingebettet werden.**
 - 2. Die Diskussion über Datenethik sollte auf europäischer Ebene gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter fortgeführt werden, um die Gesetzgebung beratend zu begleiten.**
 - 3. Europa braucht qualifizierte Fachkräfte und Forschung im Bereich KI und Blockchain, um im weltweiten Kontext mitzuhalten. Die Forschungsbedingungen sind zu verbessern, insbesondere durch eine Entbürokratisierung von Antragsverfahren. Die Finanzierung der Forschung ist sicherzustellen.**
 - 4. Um eine massentaugliche Adaption von Blockchain-basierten Anwendungsfällen zu fördern, sollte nicht nur die Grundlagenforschung in diesem Bereich gestärkt werden, sondern auch ein besonderer Fokus auf den Transfer der Forschungsergebnisse in reale Anwendungsfälle gewährleistet werden.**

Welche Rahmenbedingungen sollten für KI, Blockchain und Ethik auf Europäischer Ebene gestaltet werden?

5. Bildung und Arbeit 4.0 unterstützen

Der Digitalisierungsprozess verursacht auch einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt, der in den Unternehmen erfolgreich umgesetzt werden muss. Die entscheidenden Herausforderungen dabei sind Fragen wie das Change-Management der Zukunft, der Faktor Mensch als Kernelement erfolgreicher Veränderungen und die Arbeitsmodelle der Zukunft. Eine strategische Neuausrichtung kann von der Politik unterstützt werden, wenn die Rahmenbedingungen sich an die Anforderungen der Arbeitswelt der Zukunft orientieren. Wenn wir in Europa neue Geschäftsmodelle und Techniken fördern möchten, brauchen wir auch entsprechend ausgebildete Fachkräfte.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Die Digitale Wirtschaft braucht aktive Maßnahmen und Unterstützung der EU gegen den Fachkräftemangel. Der Arbeitsmarkt sollte für IT-Fachkräfte aus dem Ausland weiter geöffnet werden und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse weiter verbessert.**
 - 2. Durch die neuen Technologien hat sich die Arbeitswelt in den Unternehmen der Digitalen Wirtschaft verändert. Damit ist auch das Spektrum an Berufsbildern massiv erweitert worden. Die Strategien und Initiativen für Schul-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen entsprechend angepasst werden und brauchen auch europäische Anreize.**

Wie wollen Sie diesen Entwicklungen auf EU-Ebene Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt unterstützen?

6. Vitale Start-ups und Mittelstand für Europa

Europa hat eine dynamische Start-up-Landschaft und der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, gerade in Deutschland. Im weltweiten Vergleich zu anderen Gründerstandorten (Silicon Valley, London, Tel Aviv) bestehen aber weiterhin finanzielle und regulatorische Hürden, die das weitere Wachstum dieses wichtigen Industriesegments gefährden. Für Start-ups bestehen weiterhin die größten Hindernisse bei der Wachstumsfinanzierung nach der sogenannten Seed-Phase. Besonders für die darauffolgenden Finanzierungsrunden setzt sich der BVDW für bessere Rahmenbedingungen ein, die es Unternehmen und Investoren erleichtert, zu wachsen bzw. zu finanzieren.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Aktive Förderung der Gründerkultur in Schulen und Universitäten mit dem Ziel, eine positive und gesellschaftlich akzeptierte Risikokultur zu etablieren.**
 - 2. Start-ups und KMU sollten bei allen europäischen Maßnahmen besonders bedacht werden, um einen Bürokratieabbau zu fördern, aber auch bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für Wachstum zu schaffen.**
 - 3. Gezielte und breitere Förderung von Forschung, Innovation und Start-ups.**
 - 4. Digitalsteuer: die EU-Ebene muss darauf achten, dass eine einheitliche, neutrale und faire Besteuerung von Unternehmen erarbeitet wird. Denn die Problematik der Besteuerung ist kein Problem der Digitalen Wirtschaft. Es ist ein Thema, das aufgrund der globalisierten Welt aufkommt, und zielführend geregelt werden muss. Mit einem Schnellschuss, der**

eine einseitige Besteuerungsregelung schafft und so digitale Modelle schwächt, ist niemandem geholfen. Wir als BVDW erhoffen uns daher von der Politik eine weiterhin enge Auseinandersetzung mit dem Thema und eine zielführende, einheitliche und langfristige internationale Lösung.

Wie wollen Sie die europäischen Rahmenbedingungen für Start-ups und den Mittelstand in der digitalen Wirtschaft verbessern? Wie stehen sie zu den Plänen einer Digitalsteuer?

7. Netzneutralität und zukunftsfähige digitale Infrastruktur

Das Prinzip der Netzneutralität definiert die Gleichbehandlung aller Datenpakete in der Übertragung sowie den diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen nach dem sogenannten Best-Effort-Prinzip. Dieser Grundsatz wurde von der Europäischen Union 2015 verabschiedet und wird im Jahr 2019 überprüft. Eine diskriminierungsfreie Durchleitung von Daten ist wirtschaftlich hoch relevant und für etablierte Unternehmen sowie Start-ups unverzichtbar. Es gibt hier allerdings Ausnahmen zugunsten einiger Spezialdienste. Die Zustimmung zu dieser Ausnahmeregelung fußt auf einem fundamentalen Defizit: In vielen EU-Ländern fehlt es an Übertragungskapazität für den Transport von Daten. Für Anwendungen wie Industrie 4.0, digital basierte Verkehrssysteme oder E-Health wird jedoch eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in Form einer flächendeckenden Breitbandversorgung dringend benötigt. Laut jüngster Zahlen des Statistischen Bundesamtes verfügten im Jahr 2017 nur 42 Prozent der deutschen Unternehmen mit Zugang zum Internet und mindestens zehn Beschäftigten über einen Breitbandanschluss mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 30 Mbit/s. Damit liegt Deutschland nur knapp über dem Durchschnitt der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Diese Situation hat auch direkte Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Denn im Durchschnitt geht eine Erhöhung der durchschnittlichen Übertragungsgeschwindigkeit um 1 Prozent mit einer Steigerung des BIP von 0,07 Prozent einher. Wir brauchen in Europa daher eine digitale Infrastruktur, die die Entwicklung der Gigabitgesellschaft ermöglicht.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Der BVDW unterstützt auch in Zukunft die Beibehaltung der Netzneutralität und seines Best-Effort-Prinzips in Europa und empfiehlt, Ausnahmen hiervon zugunsten sogenannter Spezialdienste restriktiv handzuhaben.**
 - 2. Wenn wir einen echten freien Datenverkehr in Europa erreichen wollen, benötigen wir auch die Entwicklung der Gigabitgesellschaft. Für den schnellen Transport der rasant ansteigenden Datenmengen sind Glasfaserverbindungen ebenso unverzichtbar wie gute Rahmenbedingungen, die Staat und Wirtschaft gemeinsam den schnellen Ausbau ermöglichen.**

Wie stehen Sie zum Prinzip der Netzneutralität und mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung in Europa fördern?

8. Cybersicherheit gewährleisten

Mit der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche ist das Thema Cybersicherheit längst ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Die Anforderungen an die IT- und Datensicherheit haben drastisch zugenommen. Der BVDW ist daher auch Mitglied in der Allianz für Cybersicherheit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Die EU-Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) bietet seit ihrem Inkrafttreten im August 2016 einen europäischen Rechtsrahmen für den Aufbau nationaler Kapazitäten für Cybersicherheit und definiert Mindestsicherheitsanforderungen und Meldepflichten für kritische Infrastrukturen sowie für bestimmte Anbieter digitaler Dienste wie Suchmaschinen, Cloud-Services und Online-Marktplätze. Der EU Rechtsakt zur Cybersicherheit samt Stärkung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) wird dieses System weiter stärken.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Um das Vertrauen in die Sicherheit weiter zu verbessern ist eine kohärente und kooperative europäische Cybersicherheitspolitik unverzichtbar, die alle relevanten Marktteilnehmer entlang der digitalen Wertschöpfungskette einbindet.**
 - 2. Vielen Herausforderungen an die Cybersicherheit werden nur dann wirksam begegnet werden können, wenn sich die wesentlichen Wirtschaftsräume auf ein international koordiniertes Vorgehen einigen. Entscheidend für den Erfolg einer solchen Kooperation sind gemeinsame Regeln und Werte. Dies ist Voraussetzung für ein möglichst einheitliches Rechtsverständnis und international gültige und vergleichbare Sicherheitsstandards.**
 - 3. Auch die Strafverfolgung von Cyberkriminalität muss auf EU-Ebene weiter ausgestaltet werden. Wichtig dabei ist sicherzustellen, dass neue Regelungen dem Staat keine unverhältnismäßigen Eingriffsmöglichkeiten in die Digitale Wirtschaft geben und die Anforderungen an Unternehmen in diesem Kontext nicht zu Lasten von KMU ausfallen.**

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Themen Cybersecurity und Cyberkriminalität auf EU-Ebene weiter angehen?

9. Medienkonvergenz und Urheberrecht

Entwicklungen wie Smart TV mit Internetzugang oder Empfangsboxen für Tablets oder andere mobile Devices führen dazu, dass professionelle Bewegtbildinhalte auf demselben Bildschirm konkurrieren, obwohl sie unterschiedlichen Regulierungsansätzen unterliegen. Dies stellt die klassische Unterscheidung zwischen Telemedien und Rundfunk in Frage und hat dazu geführt, dass Inhalte- und Diensteanbieter, Telekommunikationsunternehmen oder Endgerätehersteller auf denselben Bildschirmen um die Aufmerksamkeit der Nutzer konkurrieren. Dadurch verändern sich Märkte und auch die Wettbewerbsstrukturen im Medienbereich. Die durch die Konvergenz gestiegene Anbieter- und Angebotsvielfalt kann daher nur dann erhalten bleiben und den Wettbewerb befördern, wenn alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette einer konvergenten Regulierung unterliegen.

- Forderungen des BVDW**
- 1. Aus Sicht des BVDW ist es für die Zukunft der audiovisuellen Mediendienste entscheidend, eine technikneutrale Regulierung zu implementieren, die unabhängig vom Verbreitungsweg der Inhalte für einen fairen Wettbewerb sorgt. Dazu sollte auch die Unterscheidung von linearen und nicht-linearen Angeboten aufgegeben und die Werbevorschriften liberalisiert werden. Die überarbeitete Audiovisuelle Mediendienste-Richt-**

linie versucht die Entwicklung anzugehen, unterscheidet aber immer noch zwischen linearen und nicht-linearen Angeboten und ebnet den Weg dafür die Online-Welt einfach in den Regulierungsrahmen des klassischen Rundfunks miteinzubeziehen. Es ist somit wichtig sicherzustellen, dass die Umsetzung der Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie zielführend gestaltet wird.

2. Plattformen und Intermediäre sind heute für den Zugang zu und die Auffindung von Inhalten im Netz von entscheidender Bedeutung. Jeder Regulierung sollte eine offene Diskussion über Transparenzkriterien und die Sicherung der Angebotsvielfalt vorausgehen.
3. Wir brauchen ein sinnvolles und neues europäisches Urheberrecht, das alle Interessen in Balance bringt und nicht Gefahr läuft, die Meinungsfreiheit zu gefährden. Das Urheberrecht ist zweifellos und unstrittig ein schützenswerter Bereich und eine Säule der fantastischen medialen Vielfalt in Europa. Eine europaweite Überarbeitung des Urheberrechtes ist somit ein wichtiger und vollkommen richtiger Schritt. Die aktuellen Pläne des Artikel 13 aber entbehren jeder angemessenen Verhältnismäßigkeit. Die EU beschreitet damit einen gefährlichen Irrweg und bläst zum Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit im Netz.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Themen Medienkonvergenz sowie Urheberrecht künftig sinnvoll ausgestaltet werden?

10. Struktur und Zukunft der Europäischen Union

Die aktuellen Entwicklungen in Europa sind besorgniserregend. In einer Großzahl der Europäischen Mitgliedstaaten sind extreme und europaskeptische Parteien auf dem Vormarsch. Wir müssen uns zum einen mit dem Brexit auseinandersetzen, zum anderen mit Regierungen, wie beispielsweise in Ungarn, Polen und Rumänien, die die Presse- und Meinungsfreiheit einschränken. Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine Friedens- und Wertegemeinschaft. Eine Besinnung auf diese Werte ist Voraussetzung dafür nicht nur Europa, sondern dadurch auch die europäische Wirtschaft zu stärken.

Forderungen des BVDW

1. Der BVDW fordert Maßnahmen zur Stärkung einer Europäischen Identität.
2. Die Digitale Wirtschaft spricht sich für ein demokratischeres Europa aus und daher ein Initiativrecht für das Europäische Parlament.
3. Die Digitalthemen müssen auf EU-Ebene ganzheitlich gesehen werden. Es bedarf daher einer besseren Koordinierung innerhalb der Institutionen sowie zwischen den Institutionen. Hierfür ist es auch zielführend digitalpolitische Sprecher im Europäischen Parlament zu benennen.
4. Es muss offen diskutiert werden, ob das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat für grundlegend wichtige Entscheidungen abgeschafft werden sollte, um den Fortschritt der EU zu sichern, schnellere Entscheidungen zu ermöglichen und somit reaktionsfähiger zu sein und Stillstand zu verhindern.

Welche Zukunftsvision haben Sie für die Europäische Union und seine Institutionen?



Impressum

BVDW-Europacheck zur Europawahl 2019

Erscheinungsort und -datum	Berlin, April 2019
Herausgeber	Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. Schumannstraße 2, 10117 Berlin, +49 30 2062186 - 0, info@bvdw.org, www.bvdw.org
Geschäftsführer	Marco Junk
Präsident	Matthias Wahl
Vizepräsidenten	Thomas Duhr, Thorben Fasching, Achim Himmelreich, Stephan Noller, Frederike Probert, Marco Zingler
Kontakt	Katharina Rieke, Referentin Digitalpolitik, rieke@bvdw.org
Vereinsregisternummer	Vereinsregister Düsseldorf VR 8358
Rechtshinweise	Alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Angaben und Informationen wurden vom Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. sorgfältig recherchiert und geprüft. Diese Informationen sind ein Service des Verbandes. Für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität können weder der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. noch die an der Erstellung und Veröffentlichung dieses Werkes beteiligten Unternehmen die Haftung übernehmen. Die Inhalte dieser Veröffentlichung und / oder Verweise auf Inhalte Dritter sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Textteilen, Bildmaterial oder sonstigen Inhalten, bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. bzw. die Rechteinhaber (Dritte).
Ausgabe	Erstausgabe
Titelmotiv	iStock / AlxeyPnferov / Lanski



Herausgeber

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.
Schumannstraße 2, 10117 Berlin

+49 30 2062186 - 0, info@bvdw.org, www.bvdw.org